

# Die Flüchtlingsquote ist einwandfrei

Der EuGH weist die Klagen aus Ungarn und der Slowakei gegen die Umverteilung von Flüchtlingen ab

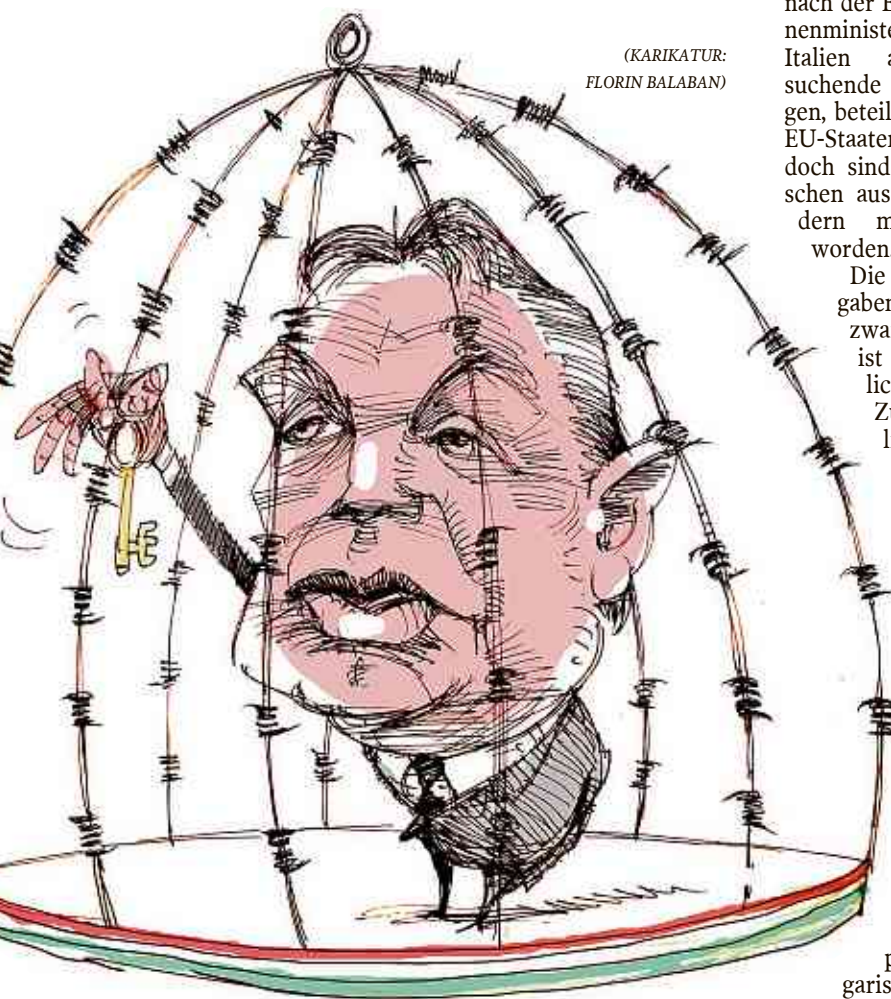
VON DIEGO VELAZQUEZ (BRÜSSEL)

**Ungarn und die Slowakei wehren sich zu Unrecht gegen die Entscheidung, Flüchtlinge innerhalb der EU umzuverteilen, urteilt der Europäische Gerichtshof. Geschlichtet ist der Streit um die Flüchtlinge dadurch noch lange nicht.**

Inwiefern das gestrige Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ein Erfolg ist, ist unklar. In Brüssel fühlte sich der EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos „bestätigt“, doch der impotente Grieche verkniff sich jegliche Euphorie. Luxemburgs Migrationsminister Jean Asselborn unterstrich die Wichtigkeit des Urteils, bedauerte aber gleichzeitig, dass Solidarität in der EU per „Gericht eingeklagt“ werden muss.

Der in Luxemburg ansässige EuGH hatte gestern eine gemeinsame Klage der Slowakei und Ungarns abgewiesen, mit der die beiden Staaten eine verpflichtende Umverteilung von Flüchtlingen in ihre Länder angefochten hatten.

Dass dieses Urteil für Asselborn eine besondere Rolle spielt, wundert kaum. Die EU-Staaten hatten sich angesichts des großen Flüchtlingszustroms am 22. September 2015 darauf verständigt, nach einem Vorschlag der EU-Kommission, 120 000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien auf andere EU-Länder umzuverteilen, um beiden Staaten unter die Arme zu greifen. Da es keine Einstimmigkeit darüber gab, sondern heftigen Widerstand seitens einiger Staaten, entschied Jean Asselborn, der damals unter luxemburgischem EU-Vorsitz die Tagung leitete, über die Frage abstimmen zu lassen. Auch wenn die EU-Ver-



(KARIKATUR:  
FLORIN BALABAN)

träge solche Abstimmungen und Mehrheitsbeschlüsse vorsehen, neigen die EU-Staaten dennoch dazu, den Konsens zu suchen. Dieser war in der Flüchtlingsfrage allerdings unmöglich. Rumänien, die Tschechei, Ungarn und die Slowakei wurden überstimmt. Daraufhin entschieden Budapest und Bratislava, gegen die Entscheidung beim EuGH zu klagen. Ihre gemeinsame Klage fundierte weitgehend auf prozeduralen Argumenten, die auf Feinheiten der Brüsseler Entscheidungswege anspielten sowie auf die Kritik, wonach der Beschluss keine geeig-

nete Reaktion auf die Flüchtlingskrise sei. Der EuGH wies all diese Kritikpunkte gestern „in vollem Umfang“ ab.

## Wie geht es weiter?

Welche Folgen dieses Urteil haben wird, ist schwer einzuschätzen. Zwar bestätigt der Richterspruch, dass EU-Staaten keine rechtlichen Ausreden haben, um sich nicht an diesem Umverteilungsprogramm zu beteiligen, doch bleibt es fraglich, ob die schleppende Umsetzung der Entscheidung dadurch beschleunigt werden kann. Knapp zwei Jahre

nach der Entscheidung der EU-Innenminister, in Griechenland und Italien ankommende Schutzsuchende woanders unterzubringen, beteiligten sich zwar fast alle EU-Staaten an dem Programm, doch sind lediglich 28 000 Menschen aus beiden Mittelmeerländern mittlerweile umverteilt worden.

Die Tendenz ist nach Angaben der EU-Kommission zwar steigend, doch die EU ist noch weit vom eigentlichen Ziel entfernt. Zudem spaltet die Flüchtlingsfrage weiterhin die Union. Während die Slowakei unter Premier Robert Fico sich neuerdings gemäßigter gibt, aus Angst, aus einem „Kerneuropa“ ausgeschlossen zu werden, bleiben andere Länder hart.

Die ungarische Regierung kündigte bereits an, trotz der Luxemburger Entscheidung auch künftig keine Flüchtlinge aufnehmen zu wollen. „Dieses Urteil ist empörend“, sagte der ungarische Außenminister Peter Szijjarto. „Es ist ein politisches Urteil, das das europäische Recht und die europäischen Werte vergewaltigt.“ Dass ein EU-Land die Unabhängigkeit des EuGH in Frage stellt, schätzt Asselborn indes als „gefährlich“ ein.

Polen, das 2015 für die Umverteilung stimmte, wechselte kurz nach dieser Entscheidung die Regierung und gehört mittlerweile zu den Hardlinern. Warschau unterstützte Bratislava und Budapest bei ihrer Klage. Und bei anstehenden Wahlen in der Tschechei werden die Flüchtlingsquoten zu einem umstrittenen Wahlkampfthema werden.

## DER KOMMENTAR

### Wegweisend

VON DIEGO VELAZQUEZ

Keine Frage, das gestrige Urteil des EuGH wird wegweisend sein. Die Frage lautet indes, um welchen Weg es sich handeln wird. Einerseits stärkt dieses Urteil das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen in der Europäischen Union: Die Richter in Luxemburg sind der Meinung, dass die Ressortminister der EU rechtens agierten, als sie im September 2015 nicht auf einen mühsamen Konsens der EU-Staats- und Regierungschefs warteten, um eine Flüchtlingsquote zu beschließen. Das ist löblich, denn die bei den Staats- und Regierungschefs erforderte Einstimmigkeit lähmt die EU nur allzu oft, während Ressortminister eher dazu neigen, mit mehr Fachkenntnis und Kompromissbereitschaft zu handeln. Andererseits lauert aber die Gefahr, dass das Urteil des EuGH von widerwilligen EU-Staaten einfach nicht ernst genommen wird und die Institution dadurch ihre Autorität verliert. Die Flüchtlingskrise offenbarte die Schwäche des Verfassungspatriotismus innerhalb der Gesamtunion. Nicht wenige Länder weigerten sich, Flüchtlinge aufzunehmen, obwohl es sich um eine gemeinsame europäische Entscheidung handelte, und pochten stattdessen auf nationale Souveränität, indem sie die Beschlüsse und Mahnungen aus Brüssel ignorierten. Eine Attitüde, die sich innenpolitisch zudem oft auszahlt. Sollte sich diese Haltung nun auf Urteile des EuGH erweitern und die Verteilung von Flüchtlingen weiterhin stagnieren, wäre das europäische Projekt dadurch noch stärker bedroht. Es würde signalisieren, dass es letztendlich egal ist, ob eine Entscheidung rechtens ist oder nicht. Ausschlaggebend sei nur der Wille einer Regierung.

## Die Mitschuld der Europäischen Union

MSF kritisiert in einem offenen Brief an die Minister Bettel und Asselborn die EU-Flüchtlingspolitik

Die Europäische Union ist mitschuldig am Leid der Flüchtlinge in den Camps in Libyen. So das Resümee der Hilfsorganisation „Médecins sans frontières“ (MSF) in einem offenen Brief an Premierminister Xavier Bettel und an Außenminister Jean Asselborn.

Das übergeordnete Ziel der EU sei es, Europa abzusichern und die Flüchtlinge vor den europäischen Grenzen aufzuhalten, so die Kritik von MSF. Die Hilfsorganisation prangert vor allem die unhaltbare Situation in den Camps in Libyen an. Die Flüchtlinge würden dort unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt. Wegen ihrer Abschottungspolitik sei die Europäische Union mitverantwortlich für desaströse Situationen in den Lagern, kritisiert MSF.

**Libyen, nur ein Beispiel unter vielen**  
Libyen ist in den Augen von Ärzten ohne Grenzen nur das extremste Beispiel für die fehlgeschlagene

Immigrations- und Flüchtlingspolitik der Union. Anstatt eine legale und somit sichere Einwanderung zu ermöglichen, würden die Menschen gezwungen, ihr Schicksal in die Hände von Schleppern zu legen, oft mit ungewissem Ausgang. Nur wenn die Flüchtlinge die Grenzen sicher passieren könnten, sei es möglich, die Menschenrechte zu wahren. MSF sieht in der legalen Einwanderung die einzige Möglichkeit, die europäischen Grenzen wieder auf legale Weise zu sichern.

Die Hilfsorganisation reagiert mit ihrem Brief u. a. auf die Schließung der zentralen Mittelmeerroute. Unter dem Druck der steigenden Flüchtlingszahlen hatte Rom die Notbremse gezogen und einen Einsatz der Marine zur Unterstützung der libyschen Küstenwache beschlossen. Die EU unterstützt Libyens Grenzschutz mit zusätzlich 46 Millionen Euro, damit der „failed state“ seine desolate Küstenwache wieder aktivie-

ren und seine Hoheitsgewässer kontrollieren kann.

Gleichzeitig war Italien auch gegen die privaten Hilfsorganisationen vorgegangen, die die Flüchtlinge zum Teil noch in der Zwölf-Meilen-Zone vor der liby-

schen Küste in Empfang genommen hatten. Die Hilfsorganisationen mussten daraufhin ihre Rettungsschiffe zurückziehen.

In seinem Brief an Premier Bettel und an Außenminister Asselborn übt der Direktor von „Mé-

decins sans frontières Luxembourg“, Paul Delaunois, heftige Kritik an dieser Praxis. Auch MSF sei von der libyschen Küstenwache attackiert worden. Anstatt endlich zuzugeben, dass ihre Politik fehlgeschlagen sei, würden sich die EU-Politiker hinter den falschen Anschuldigungen gegenüber den Hilfsorganisationen verstecken. Den NGOs war wiederholt vorgeworfen worden, sie würden bei ihren Rettungsaktionen mit den Schlepperbanden zusammenarbeiten und die Flüchtlinge direkt von deren Booten aus übernehmen, um sie so vor dem Ertrinken im Mittelmeer zu retten.

Nachdem die libysche Küstenwache wieder aktiv geworden war, hatte sich im Juli und im August die Zahl der Flüchtlinge, die von Libyen über das Mittelmeer nach Italien gelangten, mehr als halbiert, dies obschon die Sommermonate die günstigste Zeit für die gefährliche Überfahrt sind. DS



Für MSF ist die desaströse Situation in den libyschen Flüchtlingscamps eine direkte Folge der fehlgeschlagenen EU-Flüchtlingspolitik. (FOTO: AFP)